

Antrag Nr. 1

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 177. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 5. Dezember 2024

Österreichs Wirtschaft auf Erfolgskurs zurückführen: Konjunktur stabilisieren, Zukunftssektoren aufbauen und die Transformation gestalten

Österreichs Wirtschaft steht kurz-, mittel- und langfristig vor großen Herausforderungen und Veränderungen. Aktuell schrumpft die österreichische Wirtschaftsleistung das zweite Jahr in Folge, die Inflationsrate liegt seit über zwei Jahren über jener der Eurozone, die Zahl der Arbeitslosen steigt seit über einem Jahr kontinuierlich an, das Budgetdefizit liegt weit über den EU-Fiskalgrenzen und die Staatsschulden steigen. Die **kurzfristige Analyse** zeigt, dass die Rezession nur zum Teil auf die internationale Investitionsschwäche und damit verbundener Exporteinbrüche für die heimischen Industrie zurückzuführen ist. Auch Finanz- und Wirtschaftsminister haben wesentlich zur Rezession beigetragen, indem sie in der Teuerungskrise zu zaghaft agierten und dadurch Kaufkraftverluste, Verunsicherung und Konsumzurückhaltung in Kauf nahmen. Die Folge waren Auftragseinbrüche bei vielen Betrieben in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen. Zudem fehlen Maßnahmen, um der steigenden Arbeitslosigkeit in der Rezession zu begegnen.

Auch bei den **mittel- und langfristigen Herausforderungen** lieferte die Bundesregierung keine kohärenten Strategien für die digitale, soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft. Dazu zählen sowohl die fehlende Fachkräftestrategie als auch die jahrelang verschlafene Industriepolitik, die sich erst zaghaft entwickelt. Diese Versäumnisse führen dazu, dass Österreichs Unternehmen im internationalen Wettbewerb mittelfristig unter Druck geraten und einen Steuerwettlauf nach unten in Gang setzen wollen. Es braucht hingegen eine strategische und glaubhafte Ausrichtung der österreichischen Industrie- und Wirtschaftspolitik, die die **Transformation der Wirtschaft im Sinne eines gerechten Übergangs** begleitet. Zukünftig muss sich Österreich deshalb stärker als bisher in neue europäische Wertschöpfungsnetzwerke einbringen, Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte schaffen, moderne Infrastruktur bereitstellen und eine zielgerichtete Forschungs- und Entwicklungspolitik betreiben.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Gesetzgeber auf Bundes- und Länderebene auf, folgende Forderungen umzusetzen:

Kurzfristige Forderungen zur Stabilisierung der Konjunktur

Befristetes Impulspaket für Investitionen für den Winter 2024/25 im sozialen Wohnbau, für Klimainvestitionen von Städten und Gemeinden sowie moderne Infrastruktur. Das schafft Beschäftigung, erhöht die regionale Nachfrage, verbreitet Zuversicht und regt private Investitionen an.

Befristete Ausweitung des Investitionsfreibetrages für Unternehmen für Investitionen bis 31.03.2025 bei gleichzeitiger Anhebung des Gewinnsteuersatzes auf 25% ab 01.01.2025. Von dieser Kombination geht ein Impuls für die private Investitionstätigkeit aus. Zinssenkung durch die EZB würde die Investitionstätigkeit zusätzlich unterstützen.

Rücknahme der Kürzung und sofortige Ausweitung der Mittel für das AMS: Stärkung der Vermittlung von Arbeitskräften auf offene Stellen mit guten Arbeitsbedingungen, Ausweitung der

Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme zur Ausbildung von Fachkräften für Industrie, Pflege ua, weitere Pilotprojekte der Jobgarantie für Langzeitarbeitslose.

Mittel- bis langfristige Forderungen für die Begleitung des Auf- und Umbaus von Zukunftssektoren:

Eine **verlässliche, integrierte Industrie-, Fachkräfte- und Standortstrategie** unter Berücksichtigung bestehender Stärken und potenzieller Stärkefelder mit Einbindung der Sozialpartner und Einbezug der arbeitsmarkt- und bildungspolitisch notwendigen Begleitmaßnahmen („Just Transition“) zur Bereitstellung **nachhaltiger und guter Arbeitsplätze**. Diese beinhaltet:

- **Eine Qualifizierungsoffensive** durch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Schließlich sind die Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten die Basis für Innovation, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit.
- **Ein nachhaltiges, sicheres und leistbares Energiesystem** als Schlüsselfaktor für eine klimaneutrale Wirtschaft. Dazu müssen die Kostenvorteile erneuerbarer Energien bei den Verbraucher:innen ankommen.
- **Auf- und Ausbau moderner Infrastruktur (Digitales, Verkehr, Energie, Wohnbau)** als Grundlage für die Transformation und Sicherung nachhaltiger langfristiger Wettbewerbsfähigkeit. Dafür braucht es **bessere Möglichkeiten für öffentlichen Vermögensaufbau im Sinne der goldenen Investitionsregel** sowie die Unterstützung durch eine **öffentliche Transformationsbank**, die als Förderbank günstige und langfristige Kredite und Garantien vergibt.
- Verstärkte Bemühungen zur Einbindung in europäische Initiativen im Infrastruktur- und Technologieaufbau sowie die **Eingliederung in neu entstehende europäische Wertschöpfungsketten**, wie Kreislaufwirtschaftstechnologien, Wasserstoffnetzwerke uvm.
- **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren** durch Digitalisierung und Vereinfachung von Verfahren (One-Stop-Shop) sowie ausreichend Sachverständige für die Abwicklung der Anträge und Konkretisierung der Materiengesetze.
- Steigerung **zielgerichteter Forschungsbemühungen in Zukunftstechnologien** „Made in Austria“ durch eine verbesserte Koordinierung zwischen den Förderagenturen und entlang der gesamten Innovationskette und verstärkte Nutzung der finanziellen Spielräume im europäischen Rahmen, zB Important Projects of Common European Interest (IPCEIs), Net-Zero-Industry-Technologien etc.
- Nutzung der Potenziale der **öffentlichen Nachfrage zur Schaffung von grünen Leitmärkten**. Entlang der Zielsetzungen des Net-Zero-Industry Acts kann Österreich einen wichtigen Beitrag für strategisch wichtige Technologien leisten und **regionale Wertschöpfung** generieren. **Soziale und ökologische Kriterien** müssen bei den Fördermaßnahmen künftig jedoch mehr berücksichtigt werden.
- Umsetzung **verlässlicher Energie- und Ressourceneffizienzziele zur Erhöhung der strategischen Autonomie** sowie als Innovationsschub für eine österreichische Kreislaufwirtschaft „Made in Austria“.
- **Investitionskontrolle offensiv ausbauen** und **strategisches Eigentum schützen** durch bessere Frühwarnsysteme bei strittigen Erwerbsvorgängen, öffentliche Transparenz und das Schließen von Lücken im Investitionskontrollgesetz.



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--